

## TAGESORDNUNG

### ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld hat Frau Dr. Zwanzger wieder mit den Klubobleuten und dem Herrn Gemeinderat Pacanda die Tagesordnung abgestimmt und es sind sehr, sehr viele Stücke, die jetzt schon als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 1), 2), das Stück 5) gegen die FPÖ, ich möchte noch anmerken, dass die Stücke 3) und 4) gemeinsam berichtet werden vom Herrn Stadtrat Eustacchio. Ebenfalls als beschlossen gelten die Stücke 8) hier gibt es im Punkt 3 und 4 die Gegenstimme der Piraten, das Stück Nummer 9) gilt als einstimmig beschlossen, das Stück Nummer 10) ist beschlossen, Gegenstimmen der Grünen, die Stücke Nummer 11) und 12) sind einstimmig beschlossen, 13) ist abgesetzt, 14) einstimmig beschlossen. Die Stücke 16) bis 19) einstimmiger Beschluss. Das Stück Nummer 20) ist beschlossen gegen die Stimmen der KPÖ und im Punkt 4 gegen die Stimme des Piraten. Die Stücke 21) bis 23) einstimmig beschlossen, Stück Nummer 24) abgesetzt, ebenso Stück Nummer 25). Das Stück Nummer 26) einstimmig beschlossen.

1) A 5-39647/06-1

Tageszentrum „Liberty“ am Standort  
Theodor-Körner-Straße; Projekt-  
genehmigung für den Zeitraum 1.1.2014  
bis 31.12.2017 auf der Fipos  
1.42200.728520  
Tageszentrum „Solidar“ am Standort  
Bethlehemgasse; Projekt-  
Genehmigung für den Zeitraum 1.1.2014  
bis 31.12.2017 auf der Fipos  
1.42200.728510

Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Projektgenehmigung für den Betrieb bzw. die Führung des Tageszentrums

1) „Solidar“ am Standort Bethlehemgasse 6

sowie die Projektgenehmigung für den Betrieb bzw. die Führung des Tageszentrums

2) „Liberty“ am Standort Theodor-Körner-Straße 65 durch die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz

für den Zeitraum von vier Jahren, vom 1.1.2014 bis 31.12.2017 in der Höhe von insgesamt € 2.920.000,- erteilen.

Die Bedeckungen sind auf den Fipos 1.42200.728510 (TZ Solidar) und der Fipos 1.4220.728520 (TZ Liberty) vorzusehen.

2) A 8-6640/2013-26

Sozialamt

Tageszentren

Projektgenehmigung über € 2.920.000,- in  
der OG 2013 bis 2017

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

In der OG 2013-2017 wird die Projektgenehmigung „Tageszentren“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 2.920.000,-

|            | 2014       | 2015       | 2016       | 2017       | Gesamt       |
|------------|------------|------------|------------|------------|--------------|
| TZ Liberty | 365.000,00 | 365.000,00 | 365.000,00 | 365.000,00 | 1.460.000,00 |
| TZ Solidar | 365.000,00 | 365.000,00 | 365.000,00 | 365.000,00 | 1.460.000,00 |
| Gesamt     | 730.000,00 | 730.000,00 | 730.000,00 | 730.000,00 | 2.920.000,00 |

beschlossen.

Die Bedeckung soll in der OG über die Fiposse

1.42200.728510 „Entgelte für sonstige Leistungen, TZ Bethlehemgasse“ und  
1.42200.728520 „Entgelte für sonstige Leistungen, TZ Liberty“

erfolgen.

Die oben genannten Summen stellen einen Maximalrahmen für die Durchführung der Ausschreibung dar und sind über die Eckwerte 2013-2017 des Sozialamtes zu finanzieren.

5) A 8-6640/2013-27  
ABI-039708/2012-0019

Frühe Sprachförderung von Kindern in institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen in Graz für den Zeitraum 1. Jänner 2014 bis 31. August 2016, Projektgenehmigung über € 3.175.700,- in der OG 2014-2016

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss und der Ausschuss für Bildung, Integration und Sport stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 iVm § 45 Abs. 2 Z 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

In der OG 2014-2016 wird die Projektgenehmigung „Frühe Sprachförderung“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 3.175.700,-

| Projekt               | Ges.Kost. | RZ        | MB 2015   | MB 2015   | MB 2016 |
|-----------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|---------|
| Frühe Sprachförderung | 3.175.300 | 2014-2016 | 1.170.300 | 1.193.700 | 811.700 |

beschlossen.

Die Bedeckung soll in der OG über die Fipos 1.24000.728020 „Entgelte für sonstige Leistungen“ erfolgen.

Die oben genannten Summen stellen einen Maximalrahmen für die Durchführung der Ausschreibung dar und sind über die Eckwerte 2014-2016 der Abteilung für Bildung und Integration zu finanzieren.

8) A 8-19047/06-26

Steiermärkische Landesdruckerei GmbH;  
Stimmrechtsermächtigung für den  
Vertreter der Stadt Graz in der o.  
Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2  
des Statutes der Landeshauptstadt Graz  
1967

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Steiermärkischen Landesdruckerei GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der am 20.9.2013 stattfindenden o. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 und Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes
2. Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung
3. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2012
4. Beschlussfassung des Investitionsprogramms für 2014
5. Bestellung der xxxxxxxxxx, als Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2013
6. Allfälliges

9) A 8/4-17661/2010

Gehsteig und Straßenfläche –  
Pflanzengasse  
Übernahme einer 272 m<sup>2</sup> großen Tfl. des  
Gdst.Nr. 1609, EZ 760, KG Lend in das  
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idgF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Die Übernahme einer 272 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst.Nr. 1609, EZ 760, KG Lend, welche mit Entschließung vom 18.7.2013 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüschi erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

10) A 8/4-55409/2012

Gritzenweg  
Straßenverbreiterung  
Übernahme einer ca. 85 m<sup>2</sup> großen Tfl.  
des Gdst.Nr. 210/1, EZ 388, KG Baierdorf  
ins öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.nr. 130/67 idgF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Die Übernahme einer ca. 85 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 210/1, EZ 1388, KG Baierdorf, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

11) A 8/4-4005/2010

Grottenhofstraße – Gehsteig  
Übernahme einer ca. 353 m<sup>2</sup> großen  
Teilfläche des Gdst.Nr. 464/9, EZ 2385, KG  
631238 Wetzelsdorf in das öffentliche Gut  
der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idgF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 464/9, EZ 2385, KG 63128 Wetzelsdorf mit einer Fläche von ca. 353 m<sup>2</sup>, welche mit rechtskräftigem Bescheid vom 23.12.2008, GZ. 010210/2008/0010 zur Abtretung vorgeschrieben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

12) A 8/4-995/2001

Gustav-Klimt-Weg  
Gdst.Nr. 685/14, EZ 50000  
KG Graz Stadt-St. Veit ob Graz  
Auflassung einer Teilfläche von 98,79 m<sup>2</sup>  
aus dem öffentl. Gut und unentgeltliche  
Rückübereignung v. 1/20 Anteil

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idGF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

1. Die Auflassung von 89,79 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 685/14, EZ 50000, KG 63120 Graz Stadt-St. Veit ob Graz, im Sinne des beiliegenden Teilungsplanes aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
2. Die unentgeltliche Rückübereignung von 1/20 Anteil des neu geschaffenen Gdst.Nr. 685/14, EZ (neu), KG 63120 Graz Stadt-St. Veit ob Graz, im Ausmaß von 89,79 m<sup>2</sup> wird aufgrund des Bescheides GZ 005702/2012/0004 der Präsidualabteilung vom 25.4.2012 an Herrn [REDACTED] genehmigt. Die 19/20 Anteile an dem neu geschaffenen Grundstück werden der Stadt Graz zugeschrieben.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Präsidualamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

14) ABI-002442/2003/0008

Kinderbildungs- und -betreuungs-  
einrichtungen der Stadt Graz  
Sanierungsprogramm 2013/2014  
Projektgenehmigung über insgesamt  
€ 3.000,000,-

Der Ausschuss für Bildung, Integration und Sport stellt gemäß § 45 Abs. 2 Z 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung über insgesamt € 3.000.000, davon 1.000.000,- und 2.000.000,- aus 2014, wird erteilt.

Die Bedeckung erfolgt aus den gegenseitig deckungsfähigen Fipossen 5.24000.010506 und 5.25000.010506 im Rahmen der Deckungsklasse 06004.

NT 16) Präs. 3123/2004-8

Europäisches Fremdsprachenzentrum in Österreich;  
Vertretung der Stadt Graz im Vorstand des Vereines, Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Vorstand des Vereines „Europäisches Fremdsprachenzentrum in Österreich“ wird Herr Mag. (FH) Maximilian Mazelle namhaft gemacht.

NT 17) Präs. 12335/2003-35

Verein zur Förderung der Regionalentwicklung – Regionalentwicklungsverein (REV) Graz – Graz/Umgebung  
Vertretung der Stadt Graz im Vorstand

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Vorstand des Vereins zur Förderung der Regionalentwicklung – Regionalentwicklungsverein (REV) Graz – Graz/Umgebung werden folgende Personen namhaft gemacht:



Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
Herr Dipl.-Ing. Georg Topf  
Frau GR.in KO Ina Bergmann  
Herr GR. StR. a.D. KO Michael Grossmann  
Herr StR. a.D. Ferdinand Spielberger  
Herr GR. Karl Dreisiebner

NT 18) A 7-33053/2013-5

Sicherstellung der ärztlichen Versorgung  
der Grazerinnen und Grazer  
Petition an die Ärztekammer für  
Steiermark und Steiermärkische  
Gebietskrankenkasse gemäß § 15 Abs. 2  
Ziffer 15 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt gemäß § 45 Abs. 2 Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle die vorliegende Petition an die Ärztekammer für Steiermark und der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Grazerinnen und Grazer beschließen.

NT 19) A 8-6640/2013-24

Stadtbaudirektion  
EU-Projekte SMARTSET  
1. Projektgenehmigung über € 154.300,-  
in der OG und AOG 2013-2016  
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge über  
€ 20.000,- bzw. € 38.000,- in der AOG  
2013 bzw. 2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 und § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idgF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

1. In der AOG 2013-2016 wird die Projektgenehmigung „SMARTSET“ über € 154.300,-

| Projekt                | Ges.Kost.                | RZ        | MB 2013 | MB 2014 | MB 2015 | MB 2016 |
|------------------------|--------------------------|-----------|---------|---------|---------|---------|
| EU-Projekt<br>SMARTSET | 154.300                  | 2013-2015 | 28.000  | 50.000  | 50.000  | 26.300  |
|                        | davon<br>über die<br>AOG |           | 20.000  | 38.000  | 38.000  | 18.800  |

erteilt.

In der AOG des Voranschlags 2013/2014 werden folgende Budgetdotierungen geschaffen:

| Fipos          | Bezeichnung  | Dotierung 2013 | Dotierung 2014 |
|----------------|--|----------------|----------------|
| 5.03000.728000 | Entgelte für sonstige Leistungen,<br>SMARTSET (DKL. BD057)     |                |                |
|                | Anordnungsbefugnis: BD   | 20.000         | 38.000         |
| 6.03000.829000 | Sonstige Einnahmen   |                |                |
|                | Anordnungsbefugnis: BD   | 300            | 2.800          |
| 6.03000.889100 | Kap. Transferzahlungen von der<br>Europäischen Union, SMARTSET |                |                |
|                | Anordnungsbefugnis: BD   | 19.700         | 35.200         |

NT 20) A 8-40945/08-36

Creative Industries Styria GmbH  
Richtlinien für die o. Generalversammlung  
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der  
Landeshauptstadt Graz 1967;  
Stimmrechtsermächtigung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der am 27.9.2013 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung

der Creative Industries Styria GmbH, insbesondere folgenden Anträgen der Tagesordnung zuzustimmen:

1. TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. TOP 3. Genehmigung des Protokolls vom 17.12.2012
3. TOP 4. Bestätigung der Tagesordnungspunkte
4. TOP 5. Jahresabschluss 2012 und Entlastung der Geschäftsführung für 2012
5. TOP 6. Berichterstattung durch die Geschäftsführung

NT 21) A 8-21515/2006-159

GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, im Umlaufwege folgenden Anträgen der Geschäftsführung zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Ausschüttung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 2012 in Höhe von gesamt €39.488.362,86 in Verhältnis der eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter

|   |        |                 |
|---|--------|-----------------|
| Stadt Graz  | 99,5 % | € 39.290.921,04 |
| Holding Graz – Kommunale<br>Dienstleistungen GmbH | 0,5 %  | € 197.441,82    |

NT 22) A 8/4-19028/2008

Anthauerweg  
Übernahme der Gdst.Nr. 267/18, EZ 75,  
Gdst.Nr. 267/35, EZ 1381, Gdst.Nr.  
267/43, EZ 1384, Gdst.Nr. 267/52, EZ  
3171, Gdst.Nr. 268/4, EZ 753, alle KG  
Webling, im Gesamtausmaß von 1409 m<sup>2</sup>

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

Die Übernahme der Gdst.Nr. 267/18, EZ 75, Gdst.Nr. 267/35, EZ 1381, Gdst.Nr. 267/43, EZ 1384, Gdst.Nr. 267/52, EZ 3171, Gdst.Nr. 268/4, EZ 753, alle KG Webling, im Gesamtausmaß von 1409 m<sup>2</sup>, welche mit EntschlieÙung vom 14.9.2010 durch Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsç erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

NT 23) A 8-6642/2013-41

Eckwertbudgets 2013  
Erhöhung der Abteilungseckwerte durch  
Sparbuchentnahmen  
haushaltsplanmäßige Vorsorge

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

1. In der OG 2013 werden folgende Fiposse geschaffen bzw. erhöht:

|                |  |               |
|----------------|--|---------------|
| 1.64000.050000 | „Sonderanlagen“                                    | € 400.000,-   |
| 1.03400.728007 | „Entgelte für sonstige Leistungen, ITG“            | € 90.000,-    |
| 1.01000.042000 | „Amtsausstattung“                                  | € 42.200,-    |
| 1.01510.614006 | „Instandh. von Gebäuden, GBG“                      | € 19.000,-    |
| 1.01040.042006 | „Amtsausstattung“ (AOB: MD)                        | € 500,-       |
| 1.01050.728400 | „Entgelte für sonstige Leistungen“                 | € 6.000,-     |
| 1.01050.728000 | „Entgelte für sonstige Leistungen“                 | € 3.000,-     |
| 1.01000.728008 | „Entgelte für sonstige Leistungen“<br>(AOB: MD)    | € 10.000,-    |
| 1.01510.042000 | „Amtsausstattung“                                  | € 5.000,-     |
| 1.01600.728007 | „Entgelte für sonstige Leistungen, ITG“            | € 500.000,-   |
| 1.21100.729000 | „Sonstige Ausgaben, Schulkostenbeiträge“           | € 80.000,-    |
| 1.21100.723200 | „Amtspauschalien und Repräsentations-<br>ausgaben“ | € 10.000,-    |
| 1.21100.042010 | „Amtsausstattung“                                  | € 30.000,-    |
| 1.21100.614006 | „Instandh. von Gebäuden, GBG“                      | € 540.000,-   |
| 1.24000.728020 | „Entgelte für sonstige Leistungen“                 | € 36.000,-    |
| 2.91400.080000 | „Beteiligungen“ um                                 | € 1.771.700,- |

2. Die Eckwerte der genannten Abteilungen werden jeweils zu Lasten der jeweiligen Sparbücher wie folgt erhöht:

| Abteilung                       | Wert alt   | Wert neu   |
|---------------------------------|------------|------------|
| Straßenamt                      | 3.967.700  | 4.457.700  |
| Magistratsdirektion             | 3.507.700  | 3.593.400  |
| Magistratsdirektion - ITG       | 1.200.000  | 1.700.000  |
| Abt. f. Bildung und Integration | 58.274.100 | 58.970.100 |

NT 26) A 10/8-9341/2013-11

Mobilitätsvertrag Campus Eggenberg  
Bebauungsplan 14.10.0 Eckertstraße

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Dem in Beilage/1 befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

***Die Tagesordnungspunkte 1), 2), 9), 11), 12), 14), NT 16), NT 17), NT 18), NT 19), NT 21), NT 22), NT 23) und NT 26) wurden einstimmig angenommen.***

***Die Tagesordnungspunkte 5), 8), 10) und NT 20) wurden mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: StR. Mag. (FH) Eustacchio**

3) A 8-6640/2013-23  
A 8-044725/2008/0084

Stadtbaudirektion,  
Verlängerung Linie 7  
1. Projektgenehmigung über  
€ 27.151.000,- in der AOG 2012-2017  
2. Kürzung von bestehenden Projekt-  
genehmigungen  
3. haushaltsplanmäßige Vorsorge über  
€ 560.300,- bzw. € 4.109.000,- und Kredit-  
ansatzverschiebung über € 100.000,- bzw.  
€ 591.000,- jeweils in der AOG 2013 und  
2014  
4. Aufstockung des Verkehrs-  
finanzierungsvertrages HGL

4) A 10/BD-033178/2011/0023

Verlängerung Straßenbahnlinie 7  
Projektgenehmigung über 27,151 Mio.  
Euro für den Zeitraum 2013-2017

StR. Mag. **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein großes Stück gilt es zu beschließen, viel Vorarbeit wurde geleistet, viel geplant, auch der Bund hat Geld für den Campus zur Verfügung gestellt. Ich darf mir erlauben, so ein paar Punkte vorweg anzuführen, um die Dimension des Projektes darzustellen beziehungsweise aber auch um darzustellen den Kostenfaktor, der natürlich auf den ersten Blick hin schreckt, auch mich natürlich, aber er lässt sich argumentieren und ich glaube, das ist auch notwendig, dass man das dazu anfügt. Die Ausgangslage: Im LKH arbeiten derzeit und besuchen das LKH auch als Patienten oder Besucher 12.000 Menschen, die zukünftigen Bauvorhaben, die dort stattfinden mit medizinischer Universität, also den Campus, Forschungszentrum CWT, die Zahnklinik wird in dieses Gebiet, wo die Straßenbahnverlängerung kommt, gebaut, werden es dann rund 16.000 Personen sein. Wichtig war im Vorfeld der Mobilitätsvertrag, der eben Leitsysteme vorsieht, das Mobilitätsmanagement, Parkraummanagement, die Ausfahrtsdosierung der Parkgaragen und eben insbesondere die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7. Warum die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7, es wäre ohne die Verlängerung keine Möglichkeit dagewesen, eine Taktverdichtung zu

gewährleisten. Wichtig war auch eben die barrierefreie Ausbildung, die Regionalbushaltestelle vorne am Riesplatz war zu klein oder ist zu klein. Daher eben Taktverdichtung-Ermöglichung der Linie 7, die barrierefreie Ausbildung, die ÖV-Anbindung an den Med-Campus, aber auch an die Zahnklinik und an die nördlichen Areale des LKH, beispielsweise Kinderklinik. Die Neuorganisation des Ries-Platzes und überhaupt eine verbesserte Situation für die Regionalbusse. Das sind die Gründe gewesen, warum man sich dazu entschlossen hat, das zu tun. Jetzt fragen Sie sich sicherlich auch, warum sind die Ausgaben sehr teuer gewesen, es ist auch gestern im Verkehrsausschuss gefragt worden und der Verkehrsausschuss hat hier einstimmig dem Stück stattgegeben, aber die Frage ist natürlich zulässig, warum? Weil man Erschütterungsschutz einbauen musste. Als Beispiel, durchgehend wird eine 40 Zentimeter dicke Betonplatte verlegt werden, damit hier die Vibrationen nicht zu stark sind. Sie müssen sich vorstellen, dass rund um dieses Gelände Operationen stattfinden, Forschung stattfindet und da muss natürlich die dementsprechende Sicherheit gewährleistet sein und das kostet natürlich. Es sind damit die Kosten auch gerechtfertigt, so sehr es uns auch schmerzen mag. Ich darf daher zum Stück kommen und verlesen. Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Erstens, der vorstehende Bericht, der Ihnen zur Kenntnis gebracht worden ist, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Zweitens, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung in Höhe der Gesamtkosten von 27,151 Millionen. Drittens, gleichzeitig wird die Stadtbaudirektion gemeinsam mit der Finanz- und Vermögensdirektion beauftragt, die entsprechende Vereinbarung über die Errichtung und Finanzierung mit dem Land Steiermark im Sinne des gegenständlichen Berichtes zu verhandeln und dem Gemeinderat bis spätestens 31.3.2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Viertens, die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagsstellen. Die Jahresaufteilung beträgt: bisherige Ausgaben 1.098 Millionen, für 2013 715.000 Euro, 2014 5,6 Millionen, 2015 9.2 Millionen, 2016 8,2 Millionen, 2017 2.338 Millionen. In Summe eben diese 27.151.000. Fünftens, die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsdirektionen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt.



Sechstens, die Projektentwicklung erfolgt entsprechend dem im parallelen Finanzstück zu beschließenden Finanzierungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der Holding Graz durch die Holding Graz Linien ohne Verrechnung eines Verwaltungsgemeinkostenzuschlages. Siebentens, die Übernahme beziehungsweise zukünftige Erhaltung der Anlagen erfolgt durch jene Abteilungen der Stadt Graz beziehungsweise Gesellschaften im Haus Graz, wie im Bericht unter Folgekosten dargestellt. Ich bitte, beide Anträge anzunehmen (*Applaus FPÖ*).

**Zu Punkt 3):**

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 10 sowie § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 8/2012 beschließen:

1. In der AOG 2013-2017 wird die Projektgenehmigung „Verlängerung Linie 7“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 27.151.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

| Projekt              | Ges.Kost.  | RZ        | Ausgaben vor 2013 | MB 2013   | MB 2014   | MB 2015   | MB 2016/17 |
|----------------------|------------|-----------|-------------------|-----------|-----------|-----------|------------|
| Verlängerung Linie 7 | 27.151.000 | 2012-2017 | 52.700            | 1.760.300 | 5.600.000 | 9.200.000 | 10.538.000 |

beschlossen. In dieser Summe sind die vorab beschlossenen Teilprojektgenehmigungssummen in Höhe von € 1.500.000,- für die Planung „GRB. v. 20.11.2011, GZ: A8-462340/2010-32, DKL BD 559) bzw. € 1.450.000,- für das Tragwerk TW4 (GRB v. 10.5.2012, GZ: A8-46229/2011-19, DKL BD107) enthalten.

2. Folgende Projektgenehmigungen werden abgeändert/reduziert:

| Projekt                               | Neue Summe PG-Summe | RZ        | Ausgaben vor 2013 | MB 2013 |
|---------------------------------------|---------------------|-----------|-------------------|---------|
| Netzausbau Straßenbahn Trassenfindung | 519.500             | 2008-2013 | 519.500           | 0       |

Sitzung des Gemeinderates vom 19. September 2013

| Projekt         | Neue PG-Summe | RZ        | Ausgaben vor 2013 | MB 2013 |
|-----------------|---------------|-----------|-------------------|---------|
| HL-AG Baulos 04 | 2.067.600     | 2004-2013 | 2.067.600         | 0       |

| Projekt | Neue PG-Summe | RZ        | Ausgaben vor 2013 | MB 2013   | MB 2014 |
|---------|---------------|-----------|-------------------|-----------|---------|
| HL-AG   | 23.452.500    | 2004-2013 | 22.424.800        | 1.000.000 | 2.700   |

| Projekt          | Neue PG-Summe | RZ        | Ausgaben vor 2013 | MB 2013    | MB 2014    | MB 2015   |
|------------------|---------------|-----------|-------------------|------------|------------|-----------|
| NVK Hauptbahnhof | 72.822.000    | 2009-2015 | 38.563.200        | 16.000.000 | 13.000.000 | 5.258.800 |

3. In der AOG 2013 bzw. 2014 werden folgende Budgetdotierungen/-veränderungen genehmigt:

| Fipos          | Bezeichnung                                      | Aufstockung 2013 | Aufstockung 2014 |
|----------------|--|------------------|------------------|
| 5.65100.002000 | Straßenbauten, Linie 7 (DKL: BD055)              |                  |                  |
|                | Anordnungsbefugnis: BD                           | 660.300          | 4.700.000        |
| 5.65100.775200 | Kap. Transferz. an Unternehmungen, Tassenfindung |                  |                  |
|                | Anordnungsbefugnis: BD                           | -100.000         | -80.500          |
| 5.61200.775300 | Kap. Transferz. an Unternehmungen, HL-AG         |                  |                  |
|                | Anordnungsbefugnis: BD                           |                  | -510.500         |
| 6.61200.346000 | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten        |                  |                  |
|                | Anordnungsbefugnis: A 8                          |                  | -510.500         |
| 6.65100.34600  | Investitionsdarlehen von Kreditinstituten        |                  |                  |
|                | Anordnungsbefugnis: A 8                          | 560.300          | 4.619.500        |

4. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Investitionen für die Verlängerung der Linie 7 erweitert. Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von € 24.201 Mio (= € 27.151 Mio. abzüglich bereits vorab genehmigter Nachträge zum VFV in Höhe von insgesamt € 2.950 Mio.) nach Baufortschritt bis längstens Ende des Jahres 2017 gewährt.

**Zu Punkt 4):**

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung in Höhe der Gesamtkosten in Höhe von 27,151 Mio. Euro.
3. Gleichzeitig wird die Stadtbaudirektion gemeinsam mit der Finanz- und Vermögensdirektion beauftragt, die entsprechende Vereinbarung über die Errichtung und Finanzierung mit dem Land Steiermark im Sinne des gegenständlichen Berichtes zu verhandeln und dem Gemeinderat bis spätestens 31.3.2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagsstellen. Die Jahresaufteilung beträgt:

|                    |                     |
|--------------------|---------------------|
| Bisherige Ausgaben | 1.098 Mio. €        |
| 2013:              | 0,715 Mio. €        |
| 2014:              | 5,600 Mio. €        |
| 2015:              | 9,200 Mio. €        |
| 2016:              | 8,200 Mio. €        |
| <u>2017:</u>       | <u>2,338 Mio. €</u> |
| Summe:             | 27,151 Mio.€        |

5. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt.
6. Die Projektabwicklung erfolgt entsprechend dem im parallelen Finanzstück zu beschließenden Finanzierungsvertrag zwischen der Stadt Graz und der Holding Graz Linien ohne Verrechnung eines Verwaltungsgemeinkostenzuschlages.
7. Die Übernahme bzw. zukünftige Erhaltung der Anlagen erfolgt durch jene Abteilungen der Stadt Graz bzw. Gesellschaften im Haus Graz, wie im Bericht unter „Folgekosten“ dargestellt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat! Auch ich möchte ein paar Bemerkungen zum Thema Medizin-Universität und Straßenbahnverlängerung hier im Gemeinderat jetzt sagen. Es war schon ein besonderer Augenblick in dieser Woche, dass wir den Spatenstich im Beisein des Herrn Bundesministers Töchterle hier feiern durften. Im Moment gibt es in Österreich ein großes Bauvorhaben der Universitäten und das ist die Wirtschaftsuniversität Wien, die kostet 500 Millionen Euro und wird demnächst abgeschlossen sein. Und dann gibt es in Österreich, darüber hinaus in ganz Europa und fast auf der ganzen Welt, kaum mehr ein so großes Projekt wie das, das hier in Graz mit 350 Millionen Euro Gesamtsumme abgewickelt werden wird. Das ist ein Stück Zukunft, habe ich gesagt bei der Eröffnung, und ist für den Wissenschafts- und Bildungsstandort Graz die Chance schlechthin. Ich möchte gar nicht hier im Gemeinderat das wiedergeben, was mittlerweile viele, viele Kollegen und Kolleginnen aus der Politik in Österreich darüber sagen, dass Wien und damit die Republik Österreich in dem Ausmaß auch an Graz denkt. Wir sollten da ziemlich dankbar sein, das ist großartig. Wir leisten einen Anteil, der jetzt auch gehörig ist, auch da wird es einen Einwand, habe gestern mit Rektor der medizinischen Universität ein Telefonat geführt, es wird auch einen Einwand jetzt geben in diesem Bereich der Universität, sie müssen ihn einbringen, weil wir dort sehr viele Forschungslabors haben werden. Ob das im Augenklimbereich ist etc., das heißt, wir müssen uns in punkto Straßenbahnverlängerung jetzt auch noch einmal sehr intensiv damit beschäftigen, welche Erschütterungen diese Straßenbahnlinie 7 in diesem Bereich auslösen wird, das heißt, da haben wir eine Vorsorge zu treffen, dass wir das auch schaffen. Ich sage, das ist ganz wichtig, weil die Gerätschaften, die dort auch in dem bereits errichteten Gebäude aufgestellt sind, sind sehr empfindliche Gerätschaften und deswegen müssen wir das jetzt auch ganz stark berücksichtigen. Aber ich wollte einmal auch meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir in der Landeshauptstadt Graz in den vergangenen 10/15 Jahren im Bereich der technischen Universität, ich sage nur Inffeldgründe, Chemiegebäude und, und, und gewaltige Summen bekommen haben, wir haben unglaublich auch im Bereich der Karl-Franzens-Universität

Forschungsgebäude und Sanierungen erhalten, die Kunstuniversität, erinnere nur an Mumut, aber auch an viele weitere Investitionen, also es ist schon sehr schön zu sehen, dass der Bund auf Graz in der Frage nicht vergessen hat. Ich möchte das da auch einmal erwähnen und auch einmal danke sagen, das gehört auch dazu, das Land Steiermark unterstützt uns auch und das, was uns auszeichnet, und das möchte ich an dieser Stelle heute noch einmal sagen, das was uns auszeichnet ist, dass in Fragen der Bildungseinrichtungen, der Wissenschaft sowohl die Universitäten in einer unglaublichen Art und Weise miteinander kooperieren, arbeiten, ihre Anliegen in Wien vertreten und dass wir sowohl auf der Verwaltungsebene zwischen Stadt und Land, aber auch auf der politischen Bühne zwischen Stadt und Land so gemeinsam an einem Strang ziehen und das sollte uns Vorbild sein. Vielleicht auch für viele andere Bereiche, in denen wir auch noch kämpfen. Ich sage das da ganz bewusst dazu, weil schon ein Spatenstich ist ja nicht alltäglich, der auch in manchen Medien, auch wichtigen Medien, gerade wieder einmal eine halbe Seite bekommen hat, das was wir da zustande gebracht haben, auf das sollten wir stolz sein und da geht auch mein Dank an die Anrainerinnen und Anrainer, weil auch da kann ich nur dazusagen, gab es ein gewaltiges Miteinander und nicht Gegeneinander, sonst wären wir dem Bauverfahren wahrscheinlich auch gar nicht so schnell gewesen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Viele von Ihnen haben den Vorteil, dass sie dementsprechend bei den Anträgen, die vorher benötigt wurden, schon dabei waren, was wir nicht waren. Aus unserer Sicht ist einmal eines, also wir sehen es definitiv nicht als eine Verlängerung an, weil das ist maximal, Luftlinie sind es um die 500 Meter, wir finden das recht mutig, das als Verlängerung zu bezeichnen. Was im Endeffekt nur um eine Station geht. Wir sind absolut dafür, dass man den öffentlichen Verkehr ausbaut und dementsprechend auch die Straßenbahnen ausbaut, sehen aber jetzt gerade bei dem Projekt einen verhältnismäßig hohen Kostenanteil. Uns ist bewusst, also wir haben es auch im Ausschuss natürlich intensiv besprochen, dass eben durch die

Erschütterungen, die entstehen, und durch die Dämpfung entsprechend teurere Schienenanlagen gebaut werden müssen, das ist uns bewusst. Aus unserer Sicht ist es aber definitiv ebenso, es erscheint uns einfach zu teuer, eine zu teure Lösung, wie gesagt, wir waren bei den vorigen Entscheidungen auch nicht dabei und aus unserer Sicht ist es zu teuer und wenn man sie vergleicht mit dem Vierer und Sechser, was natürlich nicht direkt vergleichbar ist, weil es andere Schienenanlagen sind, ist es eben so, beim Vierer wäre es sich eigentlich mit zwei Millionen mehr, der hat 3,1 Kilometer gehabt und hat 14 Millionen gekostet, und der Sechser hat 3,6 Kilometer gehabt und 21 Millionen gekostet und da sind wir, glaube ich, Gesamtschienenstrecke zirka bei einem Kilometer. Also aus unserer Sicht ist es, wie gesagt, zu teuer und wir glauben einfach, dass das Geld wo anders besser investiert wäre als, wie gesagt, 500 Meter Fußweg zu verkürzen. Deswegen werden wir da nicht mitstimmen. Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, vielleicht auch dann, Herr Pacanda, vielleicht geht es dann doch noch, dass man es einstimmig schaffen. Die Schiene alleine, also der Schienenbau allein sind in etwa 12 Millionen Euro. Wir haben dort andere Bauwerke, es gibt auch mittlerweile ein Schreiben von mir, das ich in dieser Woche abgeschickt habe an das Land Steiermark, dass auch der Straßenerhalter Land Steiermark hier vielleicht noch einen Beitrag leisten kann. Wichtig war, dass man an einem Strang zieht und dass wir niemandem in Österreich die Gelegenheit geben zu sagen, da kommt dann kein Mobilitätskonzept, und ich erinnere auch an die vergangene Gemeinderatsperiode, die damalige Vizebürgermeisterin und für den Verkehr zuständige Stadträtin Lisa Rücker hat mit dem Land Steiermark sich ordentlich ins Zeug gelegt, auch die Verhandlungen mit der Medizinuniversität, mit der KAGES waren mehr als schwierig. Sie hat, wenn ich so sagen darf, auch einiges einstecken müssen. Ich erinnere nur an den Radweg, wo viele auch geschrieben haben und die gesagt haben, was wird da für ein überdimensionaler Radweg hingebaut. Ich kann nur sagen, wenn die

Medizinuniversität dort fertig ist, wird dieser Radweg geflutet werden mit Radfahrern und wir werden froh sein, dass wir ihn in dieser Breite angelegt haben. Deswegen sage ich da noch einmal, wir haben ein Mobilitätskonzept entwickelt. Das Mobilitätskonzept geht weit über das hinaus, dass man da mit einer Straßenbahnlinie quasi einmal durch den Häuserblock fahren, sondern da haben wir die Überlegungen des Kindergartens, der im Übrigen jetzt auch schon errichtet wird, die Zahnklinik, all das zu berücksichtigen gehabt. Das Land Steiermark hat auch in punkto Chirurgie-Gebäude tief in die Tasche gegriffen. Alle haben wir da zusammengetan, ich wollte ihnen das nur noch einmal sagen und da geht es jetzt auch um schwierige Brückentragwerke etc. Deshalb kostet es einfach mehr als der normale Straßenbahn...(Applaus ÖVP).

***Die Tagesordnungspunkte 3) und 4) wurden mit Mehrheit (jeweils gegen die Piratenpartei) angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Dr. Wohlfahrt**

6) A 8-044725/2008/0083

Verkehrerschließung Reininghaus;  
Einreichplanung Straßenbahn-  
verlängerung – Aufstockung des  
Verkehrsfinanzierungsvertrages HGL

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der letzten Sitzung beschlossen, sechseinhalb Millionen auszugeben für die Planung von Infrastrukturmaßnahmen im Reininghausgebiet. Ich darf noch ganz kurz berichten, wir hatten damals noch keine Projektkontrolle, die wurde nachgereicht und ist im Kontrollausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen worden inzwischen. Jetzt geht es darum in diesem Stück, dass ein Teil dieser Planungsmaßnahmen nicht im Haus selbst abgewickelt werden soll, sondern die

Holding Graz Linien beauftragt wird. Die Planungen für die Verlängerung des 3er ab Alte Poststraße durch die Reininghausgründe durch zu erstellen, und für diese Planungskosten sind 2,5 Millionen vorgesehen und wir sollen in diesem Stück die Holding damit beauftragen. Das ist es in aller Kürze, mehr ist es nicht. Dass da kein Irrtum besteht, es sind keine zusätzlichen Kosten, sondern ein Teil dieser 6,5 Millionen, die bei der letzten Sitzung beschlossen wurden, 2,5 Millionen davon eben sollen über die Holding abgewickelt werden und entsprechend soll die Holding beauftragt werden. Ich bitte um Annahme.

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Investitionen für die Erstellung eines Einreichprojektes für die Verlängerung der Linie 3 ab Alte Poststraße bis zur Wendeschleife am Areal der ehemaligen Hummelkaserne erweitert.

Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von € 2,5 Mio. mit nachstehender jährlicher Aufteilung bis längstens Ende des Jahres 2016 gewährt:

| 2014       | 2015         | 2016       | Summe        |
|------------|--------------|------------|--------------|
| 700.000,00 | 1.200.000,00 | 600.000,00 | 2.500.000,00 |

GR. **Dreisiebner:** Ganz zuerst, wir werden das Stück, das der Kollege Wohlfahrt vorgetragen hat, natürlich unterstützen, wobei uns natürlich schon eines auffällt: Im Jahr 2011, November 2011, wurde der Ausbau der Südwest-Linie über den Griesplatz bis zur Hummelkaserne, das heißt, auch über Reininghaus oder die südlichen



Bereiche von Reininghaus, in die Einreichplanung geschickt, da ist auch ein sehr wichtiges Element enthalten, nämlich die Innenstadtentflechtung, die uns da, glaube ich, ein bisschen leistungsfähiger und flexibler machen würde. Leistungsfähiger, weil wir sehr viele Straßenbahnen zwischen Jakominiplatz und Hauptplatz haben, flexibler, falls mal ein Vorfall ist oder wie auch immer, wie dass letztes Wochenende auch ein Festl stattfindet, was ja auch sein soll in der Herrengasse und am Hauptplatz. Uns ist es wichtig, dass auch dieses Projekt der Entflechtung beziehungsweise der Südwest-Linie weiter betrieben wird, das wird sehr massiv entwickelt im Grazer Südwesten auch abseits von Reininghaus und es ist dort jetzt schon sehr schwierig, einen qualitätsvollen, leistungsfähigen und dementsprechend angenehmen ÖV anzubieten. Wenn dann, wie der Kollege Wohlfahrt vom Ausschuss berichtet hat, der zuständige Beamte berichtet, dass zurzeit keine Personalressourcen da sind für die Weiterführung der Planung für die Südwest-Linie und der Entflechtungsstrecke, dann wird das für uns schon ein bisschen fraglich. Das Geld ist reserviert, es sollte dahingehend wirklich möglich sein, das weiter zu betreiben. Es braucht beide Linien, ich hoffe, dass man auch dort bald einen Fortschritt erfahren können. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat, ich möchte nur noch anmerken, am Wochenende gab es kein Festl, sondern ein Fest mit 100.000 Personen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. (FH) Schimautz**

7) A 8-37908/2013-001

Studierendenheim Quartier Leech Graz,  
Förderungszusicherung von nicht  
rückzahlbaren Beiträgen in Höhe von insg.  
€ 183.500,00

GR. Dipl.-Ing. **Schimautz**: Beim Studierendenheim Quartier Leech Graz werden neue Heimplätze geschaffen und bestehende Heimplätze saniert. In Summe werden für neue Plätze ein Zuschuss in der Höhe 1.450 gewährt und für die Sanierung 1.000 Euro. In Summe würde es eines Zuschusses bedürfen in der Höhe von 183.500 Euro und dafür bitten wir um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Stadt Graz mit der erforderlichen Mehrheit beschließen:

Der Katholischen Hochschulgemeinde Graz, vertreten durch [REDACTED], wird pro neu geschaffenem Heimplatz ein Förderbetrag in der Höhe von € 1.450,00, das sind für 30 Heimplätze € 43.500,00 und für bestehende zu sanierende Heimplätze ein Förderbetrag in Höhe von € 1.000,00, das sind für 140 Heimplätze € 140.000,00, somit insgesamt € 183.500,00 zugesichert. Dieser Betrag wird in zehn gleichen, unmittelbar aufeinander folgenden Jahresraten nach Fertigstellung des Studentenheimes flüssiggestellt und ist über die Eckwerte der Finanzdirektion 2013-2023 (Fipos 1.28000.777100 „Kap. Transferzahlungen an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck“) zu finanzieren.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (48 : 0).***

**Berichterstatterin: GR.<sup>in</sup> Potzinger**

15) ABI-002270/2003/0046

Tarifgestaltung in altersgemischten  
Einrichtungen der Kinderbildung und  
-betreuung

GR.<sup>in</sup> **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertees Kollegium! Es geht hier um die Tarifgestaltung in altersgemischten Einrichtungen der Kinderbildung und -betreuung. Bisher war es so, dass die Altersgruppe der über 6-Jährigen, also der schulpflichtigen Kinder, in der Nachmittagsbetreuung in diesen Einrichtungen dahingehend benachteiligt waren, als die Tarife höher waren als in den Horten. Das wurde bereinigt. Ein Vorteil für die Eltern auch im Sinne der Wahlfreiheit, dass auch in den altersgemischten Gruppen jetzt die gleichen Tarife gelten wie in unseren Krippen, Kindergärten und Horten. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Bildung, Integration und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In altersgemischten Gruppen gilt für Kinder im Alter von 0 - 3 Jahren die Kinderkrippentarife und für über 6-Jährige der Horttarif.

Diese Tarifregelung gilt ab Beginn des Betreuungsjahres 2013/14.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Kinderhäuser sind pädagogisch gesehen eine sehr, sehr wertvolle Einrichtung und wir können auch froh sein, dass wir in Graz einige dieser Kinderhäuser haben. Sie bieten den Kindern die Möglichkeit, dass sie mit Krippenkindern gemeinsam mit Kindergartenkindern und auch mit Volksschulkindern am Nachmittag gemeinsam in der Einrichtung sind, was natürlich sehr schöne Lerneffekte hat und außerdem auch eine gewisse Kontinuität auch

gewährleistet von den zweijährigen, dreijährigen bis hin zu 10-jährigen Kindern und die Kinder müssen nicht immer wieder die Einrichtung wechseln und dadurch natürlich auch immer wieder Veränderungen in den Personen, die sie betreuen, haben. Wir sind auch der Meinung, dass die einheitliche Tarifgestaltung hier sehr zu begrüßen ist und auch schon längst notwendig ist, denn es ist nicht einzusehen, dass die Eltern von einem Krippenkind in einer Krippe einen anderen Beitrag haben als in dem Kinderhaus und speziell, dass die Kinder, die in einer Nachmittagsbetreuung sind, dass deren Eltern einen höheren Tarif im Kinderhaus haben als in einer normalen Nachmittagsbetreuung. Allerdings, und ich muss es gleich dazusagen, inhaltlich stimmen wir dem Stück jedenfalls zu. Bevor wir dem Stück allerdings zustimmen, möchte ich dazusagen, dass für uns sehr wichtig ist, und es kommt in dem Stück nicht heraus, wie jetzt tatsächlich die Tarife für die Eltern in Zukunft aussehen. Also ich hätte mir gewünscht, dass es eine Tabelle oder eine Anlage gibt, aus der jetzt eindeutig die Tarife vorher und nachher aufscheinen und das wird jetzt wahrscheinlich nicht möglich sein, noch nachzuliefern, aber ich würde mir wünschen, bevor wir zustimmen oder bevor wir darüber abstimmen, dass der zuständige Herr Stadtrat auch hier noch einmal für das Protokoll ausdrücklich dazusagt, dass sich die Tarife für die Eltern nicht erhöhen werden, und im Ausschuss mündlich hat er das bereits einmal gesagt, dass sich die Tarife für die Kinder in der Nachmittagsbetreuung verringern, dass die Tarife für die Kinderkrippenkinder und für die Kindergartenkinder gleich bleiben, gleichzeitig steht im Stück aber drinnen, dass es für die Stadt Graz kostenneutral ist, und nachdem diese Berechnung jetzt etwas kompliziert ist und auf den ersten Blick hin sich nahezu widerspricht, würde ich mir sehr wünschen, dass es diese mündliche Zusage hier noch für das Protokoll gibt. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, dann würde ich vorschlagen, dass wir dieses Stück jetzt nicht abstimmen, sondern darauf warten, bis der Herr Stadtrat Eiselsberg da ist und ich darf vorschlagen, dass wir gleich zum Stück Nummer 27) in der Zwischenzeit

kommen. Das Stück unterbrechen wir quasi und werden es dann nachher fortsetzen. In der Zwischenzeit bitte Stück Nummer 27), Berichterstatterin ist hier Frau Gemeinderätin Bergmann.

**Berichterstatterin: GR.<sup>in</sup> Bergmann**

NT 27) StRH-34290/08

Auflösung der Vereinbarung zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1014 Wien und der Stadt Graz, vertreten durch den Bürgermeister, Rathaus, 8010 Graz zur Übertragung der Prüfaufgaben der „First Level Control“ für Projektbeteiligungen der Stadt Graz und ihrer Dienststellen und Unternehmen im Rahmen von transnationalen und Netzwerkprogrammen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des EU-Strukturfonds 2007-2013

GR.<sup>in</sup> **Bergmann:** In diesem Stück geht es um die Auflösung der Vereinbarung zwischen der Republik Österreich, sprich dem Bundeskanzleramt, und der Stadt Graz über die Prüfaufgaben der First Level Control für Projektbeteiligungen der Stadt Graz und ihrer Dienststellen und Unternehmen im Rahmen von transnationalen und Netzwerkprogrammen des Ziels Europäische territoriale Zusammenarbeit der EU-Strukturfonds 2007-2013. Es wurde im September 2008 vom Gemeinderat ein Beschluss gefällt, wonach diese Prüfungen der Stadtrechnungshof Graz übernehmen soll. Als Vorteil für die Übernahme dieser First Level Control-Aufgaben durch den Stadtrechnungshof wurde insofern angeführt, dass die Prüfungsabläufe unbürokratisch und auf kurzem Weg erfolgen können. Außerdem war von Seiten des Stadtrechnungshofes damals geplant, einen Spesenersatz zu verrechnen, der im jeweiligen Einzelfall dann mit den städtischen Abteilungen und Unternehmen zu vereinbaren wären. Aufgrund der Erfahrungen bei der Ausübung dieser Aufgabe wird

nunmehr festgehalten, dass es zu keinem Bürokratieabbau kommen konnte, da die einschlägigen Bestimmungen einen großen bürokratischen Aufwand notwendig machen. Außerdem kam der Stadtrechnungshof zu dem Entschluss, dass auch das mit dem Kostenersatz nicht funktioniert, da die Stadt Graz verzichtet hat auf die EU-Abgeltungen für diese Tätigkeiten. Daher wurden diese Prüfungen im Kontrollausschuss, in drei Kontrollausschusssitzungen, ausgiebig beraten und am 10. September bei der Kontrollausschusssitzung wurde einstimmig beschlossen, dass die Stadt Graz diese Vereinbarung mit der Republik Österreich auflösen soll. Im Antrag geht es um Folgendes: Also der Stadtrechnungshof wird beauftragt, die laufenden First Level Kontrollen für zwei Projekte, die noch laufen, diese zu Ende zu führen und im zweiten Punkt, dass die Auflösung dieser Vereinbarung mit der Republik Österreich, sprich mit dem Bundeskanzleramt, beschlossen werden soll. Bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Bericht zur Kenntnis nehmen und beschließen:

1. Der Stadtrechnungshof wird beauftragt, die laufende FLC-Kontrolltätigkeit bis zum Ende der Projekte fortzuführen.
2. Die als Beilage angeschlossene Auflösung der Vereinbarung zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1014 Wien und der Stadt Graz, vertreten durch den Bürgermeister, Rathaus, 8010 Graz zur Übertragung der Prüfaufgaben der „First Level Control“ für Projektbeteiligungen der Stadt Graz und ihrer Dienststellen und Unternehmen im Rahmen von transnationalen und Netzwerkprogrammen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ der EU-Strukturfonds 2007-2013 wird die Zustimmung erteilt.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***

StR. **Eisel-Eiselsberg** zu Punkt 15): Entschuldigung, ich war kurz draußen und habe das übersehen, dass das Stück schon dran ist. Berichtet wurde es ja schon, ich kann wiederholen, was ich bereits im Ausschuss gesagt habe. Es wird insgesamt für die Eltern, die Kinder im Schulalter haben und in Betreuung haben, günstiger werden, weil sie zukünftig ja dann den Tarif für den Hort zu begleichen haben, der ist ja billiger als jener, der bisher für alle Kinder zur Verrechnung gelangt ist, nämlich der Krippentarif. Für die Stadt ist es trotzdem de facto ein Nullsummenspiel, weil es eine Verschiebung zwischen Trägerförderung und Subjektförderung gibt, das haben wir versucht, im Ausschuss so verständlich zu machen, dass es alle verstehen. Es ist nicht ganz gelungen, aber ich bitte Sie einfach, das so zur Kenntnis zu nehmen. Es wird für die Stadt ein kostenneutrales Projekt ein sozusagen und für manche Eltern wird es billiger werden und das sollte uns alle freuen (*Applaus ÖVP*).

***Der Tagesordnungspunkt 15) wurde einstimmig angenommen.***

## **Anfrage an den Bürgermeister**

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kommen nun zu den dringlichen Anträgen. Bevor wir aber zu den dringlichen Anträgen kommen, möchte ich eine Anfrage gerne beantworten, die mich heute erreicht hat und die auch schon in den letzten beiden Tagen, also heute und gestern, in einer Zeitung diskutiert wurden oder veröffentlicht wurden. Ich habe vorgestern am Abend um 19.00 Uhr einen Anruf der Kleinen Zeitung bekommen, vom zuständigen Chefredakteur Didi Hubmann, der mich darauf hingewiesen hat, dass eine Anfrage, die ein freiheitlicher Gemeinderat an mich stellen möchte, quasi nicht zugelassen wird und das sorgt für Verärgerung. Ich habe dann in Erfahrung gebracht, dass die halt am Dienstag ordnungsgemäß abgegeben wurde und dass von Seiten der Magistratsdirektion diese Frage nicht zugelassen wurde, weil es auch nach dem Datenschutz nicht möglich ist, das in der öffentlichen Sitzung zu diskutieren. Ich möchte das heute aber gerne in der öffentlichen Sitzung tun, weil ich mir auch von Seiten der Agentur, von Seiten von Claudia Babel, die Bewilligung geholt habe, dass wir das tun können, weil sie das gerne auch aus der Welt schaffen möchte, was hier immer wieder als Gerücht auftaucht und geschrieben wurde. Das heißt, ich darf Sie jetzt bitten, den Herrn Gemeinderat, dass er seine Anfrage an mich stellt. Das ist die Anfrage, die wir ursprünglich im vertraulichen Teil gerne abgewickelt hätten, und der Herr Gemeinderat Benno Mogel möge jetzt bitte herauskommen und diese Anfrage an mich richten.

### **Agentur Babel – Aufträge der Stadt Graz seit 2012**

GR. **Mogel**: Ich stelle folgende Anfrage an den Herrn Bürgermeister und warum, möchte ich auch ganz kurz erläutern. Bereits mehrmals war die beratende Werbeagentur der Grazer Volkspartei Gegenstand von Zeitungsberichten,



Rechnungshofkritik und unlängst sogar Thema einer von den Grünen eingebrachten Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft. Das alleine sollte den Verantwortungsträgern der Grazer Volkspartei schon auch ein bisschen zu denken geben. Dass die Wahlkampfagentur nun offenbar gratis für just jenes Projekt – nämlich Asset one – makelt, für das sich die ÖVP vor der Wahl massiv eingesetzt hat, mag rechtlich in Ordnung sein, politisch bleibt ein schaler Beigeschmack. Nun ist aber besagte Werbeagentur erneut vom Rechnungshof kritisiert worden, als im aktuellen Bericht zu den Sponsoringtätigkeiten der Holding Graz bekannt wurde, dass just jene Agentur von der Holding für die Durchführung der e-mobility-Messen 2011 und 2012 gesponsert wurde. Zuletzt handelte es sich laut Rechnungshof um 80.000 Euro, wobei das volle Risiko bei der Holding lag, die Gewinnbeteiligung jedoch nur bei 20 Prozent.

Nachdem nun bereits zum wiederholten Male die besagte Werbeagentur von Frau Claudia Babel Mittelpunkt von Rechnungshof- und medialer Kritik wurde, scheint Aufklärungsbedarf zu bestehen.

Daher richte ich an Sie, Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Welche Aufträge haben Agenturen, die mit Frau Claudia Babel in Verbindung stehen, also Agenturen, an denen sie beteiligt ist oder an denen Mitarbeiter von ihr beteiligt sind, seit 2010 bis heute von der Holding Graz und ihren Unternehmungen erhalten (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Danke für diese Frage. Nachdem in den letzten Monaten immer wieder Anzeigen, Anfragen etc. gekommen sind, immer wieder

Darstellungen in den Medien waren, habe ich mich heute dazu entschlossen, mit Frau Babel darüber zu reden, damit einmal eine Aufklärung hineinkommt. Das heißt, ich bin Ihnen keineswegs böse darüber, dass Sie so eine Anfrage stellen, sondern ich finde, es ist an der Zeit, dass wir das tun, weil es auch ein bisschen um eine politische Kultur geht und auch ein bisschen darum geht, wie denn hier auch mancher etwas sieht, was, glaube ich, ich weiß es, glaube ich auch, nicht stattfindet. Ich möchte vielleicht beginnen mit dem Thema von Asset One. Wir haben Asset One jahrelang am Tisch gehabt, wir haben es geschafft, dass die Reininghausgründe durch eine große, große Mehrheit nicht nur einen Rahmenplan bekommen haben, sondern wir haben es auch geschafft, dass eine Umwidmung stattfindet. Diese Umwidmung hat stattgefunden, weil wir uns als Stadt, ursprünglich wollte ich es ja kaufen und diesen Aufwertungsgewinn für Graz auch generieren, hat nicht stattgefunden, dafür haben wir dann aber auch sehr deutlich versucht, gut zu verhandeln. Das Ergebnis war, dass von den 54 Hektar, die dort zum Verkauf angestanden sind, 130.000 Quadratmeter gratis an uns übertragen wurden als künftigen öffentlichen Raum, ob Parkfläche oder Verkehrswege. Wir haben darüber hinaus es auch geschafft, dass wir einen Teil des Aufwertungsgewinnes bekommen, wir wollen das ja als Infrastruktur wieder hineinstecken, da geht es um die berühmten 30 Euro pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche, die wir letzten Endes dann dort zulassen werden. Der Herr Müller, der das Unternehmen Asset One übernommen hat, wollte nach der Umwidmung diese Liegenschaft veräußern, unter anderem auch einen Fonds und in dieser Situation ist Frau Babel zum Herrn [REDACTED] gegangen und hat gemeint, sie möchte sich bemühen, dass nicht wieder die gesamte Fläche nur von einem aufgekauft wird, sondern dass wir versuchen, Investoren, die wir kennen und denen wir auch vertrauen, Genossenschafter, zum Beispiel auch den Herrn [REDACTED], der gekauft hat, sie geht und versucht diese Grundstücke diesen Unternehmungen, diesen Investoren zu empfehlen. Sie hat weder einen Maklerschein noch hat sie jemals gemakelt, weil das heute da drinnen steht, sondern sie hat versucht, Genossenschaften, viele davon kennen Sie, auch Persönlichkeiten anzusprechen und dafür zu ringen, dass diese Grundstücke möglichst bald verkauft und entwickelt

werden. Dass ihr manche unterstellt haben, dass sie hier verdient hätte, hatte sogar dazu geführt, dass der Herr Dr. Wohlfahrt, nachdem er, und ich nehme an, viele andere auch, die Medien auch, ich glaube, bis zu zwölfmal die Bilanzen der Frau Babel und ihrer Institution ausgehoben haben, weil das wird ja festgestellt beim Firmenbuch, wer macht das, wer tut das, wie oft findet das statt, Rechnungshofprüfberichte da waren, die Staatsanwaltschaft geprüft hat, alles eingestellt hat, das noch immer so im Raum schwebt. Sie hat dieses Projekt, in dem sie mich auch begleitet hat, auch im Wahlkampf begleitet hat, weil sie die Agentur von mir und von meiner Volkspartei ist, versucht umzusetzen. Sie stellt sich auch die Frage, warum denn niemand von Seiten des Gemeinderates oder der Stadtregierung versucht hätte, einmal zu schauen, dass wir hier weiterkommen. So, also sie sagt allen hier sehr, sehr deutlich und das ist ja auch schon geprüft worden, Staatsanwaltschaft hat es wieder eingestellt, ihre Bilanzen werden geprüft, Rechnungshof hat geprüft, Steuerprüfungen, alles hat sie in letzter Zeit sehr intensiv in ihrem Unternehmen, in dem sie 20 Menschen beschäftigt, über sich ergehen lassen. Das ist einmal ein Teil, der mir wichtig war, dass ich Ihnen das einmal mitteile. Sie ist weder Maklerin, sie hat auch keinen Schein dazu, auch die Maklerinnung hat sich aufgeregt, sie hat es geschafft, dass fast alle Grundstücke verkauft worden sind und zwar an Persönlichkeiten, die wir in erster Linie kennen. Genossenschaften allen Couleurs, darüber hinaus an den Herrn [REDACTED], der jetzt mit der ganzen Geschichte beginnt. Das ist der eine Teil, das wollte ich Ihnen sagen, weil das immer wieder herumschwirrt. Die zweite Geschichte betrifft, welche Aufträge hat denn noch jemand, wenn er vielleicht einmal eine politische Werbung macht, einen Politiker, eine Partei unterstützt. Ich habe mich nie dafür interessiert, was denn die Agenturen, die auch andere Parteien beschäftigten, hier im Hause oder bei unseren Unternehmungen noch für Aufträge hätten, aber in dem Fall geht es bei der Frau Babel mittlerweile auch um 20 Arbeitsplätze und die Rufschädigung, die sie durch die dauernde Berichterstattung bekommt, möchte sie auch einmal aus der Welt kriegen und deswegen gehe ich da heute sehr aktiv und offen an die Geschichte heran. Jetzt komme ich zum Thema der Aufträge und Ihrer konkreten Frage. Ich habe heute auch

am Vormittag sowohl bei ihr nachgefragt, bei ihrer Agentur, als auch bei der Holding und ich möchte Ihnen einmal sagen, was viele anscheinend schon wieder vergessen haben, obwohl wir es beschlossen haben und es auch viele, zumindest auch intern aus den Aufsichtsratsentsendungen wissen. Mit der Neuausrichtung des Konzerns Holding Graz war bekanntlich auch eine klare Struktur und Definition der Aufgaben verbunden. So wurden zur Effizienzsteigerung, zur Koordination und vor allem zur richtigen Festlegung eines einheitlichen Außenauftritts sämtliche Marketingaktivitäten in einer Abteilung der Holding konzentriert. Darüber hinaus wurde, was in der freien Wirtschaft, wenn ich so sagen darf, auch in der City of Design sehr kritisch gesehen wurde, für den Konzern Holding Graz die Agentur 8010 gegründet, also eine eigene Agentur in der Holding, um sämtliche CI- und CD-Ziele, Marketing und Impulse für Kommunikation jeder Art künftig im eigenen Hause zu gestalten. Dies wurde auch in der internen Konzernrichtlinie festgeschrieben, sodass keine Agenturleistungen mehr nach außen zu vergeben waren. Also ganz konkret, es gibt in punkto Marketing, CI keine Vergabe von Leistungen von Agenturen mehr nach draußen. Das ist ein wichtiger Punkt, das heißt, die Frau Babel hat auch keine solche Aufträge mehr bei der Holding oder all ihrer Töchter bekommen. Im Bereich Elektromobilität hat es bereits 2009 eine Veranstaltungsidee von cb.brand im Unternehmen gegeben, in eigener Verantwortung dieses Projekt initiierte und auch international organisiert hat. Dass die Holding Graz und die gemeinsame Beteiligung von Energie Steiermark, Energie Graz und der Holding Graz e-mobility GmbH auf dieses Thema aufgesprungen und als Mitveranstalter, einmal aber auch als Sponsoren, aufgetreten sind, liegt in der Natur der Sache, zumal unter Federführung der Holding Graz diese drei Unternehmen den Zuschlag für die e-mobility-Region Graz erhalten haben. Mit der Spezialisierung auf e-mobility und der Organisation eines mittlerweile über die Grenzen hinaus anerkannten und zum vierten Mal abgewickelten Kongresses war auch die Übernahme und Weiterentwicklung des Logos der generellen Vermarktungsidee der e-mobility GmbH verbunden. Die Betreuung der e-mobility GmbH durch cb.brand seit 2011 haben die Unternehmen Energie Steiermark, Energie Graz und Holding Graz einstimmig beschlossen. Daher

klar und deutlich, seit der Neuausrichtung der Holding Graz gibt es mit der Gründung der hauseigenen Agentur eine klare Vorgabe, derartige Aufgaben nicht mehr nach außen zu vergeben, sofern sie nicht aus urheberrechtlichen Gründen fortzusetzen sind. Generell sind alle Entscheidungen transparent über die Gremien geplant, freigegeben und abgewickelt worden. Die Veranstaltungsreihe der e-mobility-Konferenz, inklusive der Marketingaufgaben der e-mobility GmbH, ist auf Impulse und Ideen von cb.brand mit Urheber- und Veranstaltungsrechten zurückzuführen. Es sind, ich könnte Ihnen das jetzt auch da noch auflisten, 9.200 Tagungsteilnehmer in diesen Jahren bei diesen Veranstaltungen gewesen. Es gibt jede Menge Nächtigungen, ich kann Ihnen die Zahlen alle nachliefern, ich hätte sie auch mit, ich müsste jetzt alle da aufrufen, es gab allein 370 Referentinnen und Referenten in diesem Zeitraum, die sie hierhergebracht hat. Ich möchte betonen, dass wir sowohl von Seiten des Bundes genauso wie von Seiten des Landes, Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser usw. Förderungen für diesen Kongress bekommen haben und in Vorwörtern etc. auch bei den Veranstaltungen sind auch viele Politikerinnen und Politiker, auch dieses Hauses, dort auch aufgetreten, wir haben als Modellregion auch etwas abzuliefern und da gab es, wenn ich so sagen darf, die Begleitung durch das Unternehmen. Darüber hinaus gibt es keinen einzigen Auftrag, der innerhalb der Holding oder dieser Unternehmungen vonstatten gegangen wäre und ich bitte Sie, das einfach auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, das ist vielleicht wichtig, dass ich das einmal auch hier so deutlich gesagt habe (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Nur weil es kurz angedeutet wurde, die Geschäftsbilanz von der Frau Claudia Babel, also ich habe keine ausgehoben, darinnen würde man die interessanten Dinge ja auch nicht sehen. Der Geschäftserfolg ist, wie er ist und das ist ja nicht der Punkt, der dahinter steht. Dahinter stehen natürlich Dinge, wo wir einen Informanten gehabt haben, der die Sache behauptet, ich weiß nicht, was stimmt

davon und habe das Ganze ja an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, was soll ich damit tun? Wenn solche Dinge im Raum stehen, die gehören geklärt. Was ich mir gewünscht hätte, was aber leider nicht stattgefunden hat, diese transparente Parteikasse. Wenn es eine transparente Parteikasse gibt, dann entstehen solche Verdächtigungen nicht im Raum, diesen Antrag haben wir öfter gestellt, ist halt nicht durchgegangen. Muss man zur Kenntnis nehmen in einer Demokratie, aber das wäre für uns der wesentliche Punkt, wenn die Partei die Sachen klar belegen, dann entstehen diese Gerüchte nicht. Ich habe nur noch eine kleine Ergänzung auch zum Wissensstand von der Staatsanwaltschaft, ich habe nachgefragt, bei dem Verfahren, meines Wissens, wurde nicht geprüft, weil die Dinge, die da sind, nicht ausreichen, dass die Staatsanwaltschaft prüft. Das nehme ich auch zur Kenntnis, es ist nur ein anderes Ergebnis als geprüft wurde. Nach meinem Informationsstand, das ist eine mündliche Auskunft von der zuständigen Staatsanwältin, wurde nicht geprüft. Ich wollte nur diese Dinge klarstellen, weil sie vorher erwähnt worden sind (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich würde mir auch etwas wünschen, wenn jemand mit einem Gerücht kommt, dann kann man vielleicht auch, und so versuche ich es zu handhaben in meinem Leben auch politisch, aber auch in meinem privaten Leben, dass ich dann auch einmal mit jenen spreche, bevor ich quasi zur Staatsanwaltschaft gehe. Ich kann auch gerne das nächste Mal mitbringen, wer denn alles die Bilanzen der cb.brand ausgehoben hat, soweit mir berichtet wurde, haben auch Grünen diese Bilanzen angefordert. Ist ja auch alles gut und schön, ich sage Ihnen aber jetzt noch einmal, eine Staatsanwaltschaft hat das eingestellt, weil es haltlos ist und das ist mir wichtig und ich muss das ja auch vielleicht wieder einmal klarstellen, weil ich weiß nicht, ob so etwas wie eine Sippenhaftung geben soll, weil ich wünsche euch und uns allen auch viel Spaß, künftig auch noch Agenturen zu finden, die uns begleiten, wenn jedes Mal auch irgendwelche Behauptungen in den Raum gestellt werden und das war mir

heute einmal wichtig. Ich sage das auch noch einmal dazu, ich habe weder Einfluss darauf genommen, ob das in der öffentlichen oder nicht öffentlichen stattfindet, sondern die Magistratsdirektion, ich weiß gar nicht, wer es war, hat klar mitgeteilt, dass es eben nicht im öffentlichen, sondern nur im geheimen Teil abgehalten werden kann. Ich habe das jetzt aber umgedreht und ich möchte damit öffentlich auch einmal diese Diskussion aufgreifen. Mir ist auch noch etwas wichtig, weil Sie über Transparenz gesprochen haben. Im Zuge all dieser Unterstellungen, auch im Zuge der Anzeige von Ihnen bei der Staatsanwaltschaft haben wir einem Zeitungsmedium sogar Einsicht in unsere Parteifinzen gegeben, wir haben eingeladen einen Journalisten und er hat unsere Parteifinzen einsehen dürfen, soweit sind wir in dieser Frage mittlerweile gegangen, das möchte ich an so einem Tag auch einmal ganz, ganz wichtig hinstellen, damit man auch einmal sieht, dass diese Vorwürfe, die wir zum Teil bekommen haben, im Speziellen aber auch von Ihnen, Herr Dr. Wohlfahrt, und da geht es schon ein bisschen darum, welches Image man vielleicht gerade haben möchte. Schließen Sie bitte nicht von ein paar schwarzen Schafen, die es in der Politik gibt, so wie es in allen Bereichen gibt. Ich hätte mir wieder gewünscht, dass wir endlich auch einmal darüber sprechen, wie viel tausende Politikerinnen und Politiker in Österreich dafür sorgen, dass wir in diesem Land so gut dastehen und Fehler passieren überall in allen Berufssparten etc. Aber machen wir uns nicht zum politischen Ziel, ununterbrochen Verdächtigungen auszusprechen oder das, was ein paar angestellt haben, allen anderen in die Schuhe zu schieben, das tut in Summe nicht gut. Dass das in Wahlkämpfen natürlich ein Lieblingsthema geworden ist, weiß ich auch, aber ich möchte es zumindest einmal auch in diesem Raum hier gesagt haben, weil es mir schon wehtut, wie derzeit Politik dasteht und das muss uns allen wehtun, wie Politik dasteht, weil ich kenne Sie alle ganz gut, ich kenne alle meine Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, auch die in den letzten 15 Jahren, und es ist an der Zeit, einmal darüber nachzudenken, zigtausende Politiker, nehmen Sie alle Bezirksfunktionäre in Österreich, alle Kommunalpolitiker, alle Landespolitiker, die Landtage bis in den Nationalrat hinein, nehmen Sie alle, von der Gewerkschaft über die Kammern usw. politische Funktionen haben. Warum

funktioniert das Land so, dass eigentlich die ganze Welt da her will und wir uns auch dann darüber unterhalten, wen wir noch aufnehmen können oder nicht, weil so viele Menschen, die seriös und ehrlich ans Werk gehen und schauen, dass es der nächsten Generation... möge es so gut gehen, wie es uns geht. Wir können momentan sowieso auf Zahlenkonstrukte zurückgreifen, wo es einem angst und bange wird, wenn man diese Milliarden und Billarden nur mehr hört, wie das alles gutgehen wird, weiß schon fast keiner mehr. Es hört keiner von uns auf, ununterbrochen Forderungen zu stellen, was wir noch alles brauchen und was wir noch alles herzuschenken hätten etc., das ist das, was mich momentan so bewegt, wenn ich hinausschaue in die Welt. Diese verlogene, die Debatten, die wir zum Teil da herinnen führen, auch das, was da weltpolitisch abgeht, ich weiß nicht, wie es euch damit geht, das haltet ja kein Unterbewusstsein mehr aus. Ich möchte das an dieser Stelle auch einmal sagen, es haltet doch kein Unterbewusstsein aus, wir können es eh verdrängen, aber mich interessiert die Frage in Syrien ja gar nicht mehr, ob das Giftgas war oder ob andere Waffen diese Kinder umgebracht haben, die da vor uns gelegen haben. Das Bild kriegt ja eh nicht mehr heraus, das ist das, was in der Welt abgeht und noch viel Scheußlicheres, wir brauchen gar nicht weit hinausschauen, weil der Wahnsinn, der am Annaberg stattgefunden hat, zeigt das ja eh schon wieder und wir sollten endlich wieder einmal versuchen zu schauen, ob wir alle an einem Strang ziehen. Es ist hart genug, die nächsten Jahre werden eine enorme Herausforderung. Ich verspreche Kindern gar nichts, wenn wir uns nicht wieder ordentlich anstrengen und das, was ich nur will, ich halte jetzt ein bisschen eine Wahlrede, das können Sie so sehen, ich möchte nur einfach einmal, das tut vielleicht ja auch einmal gut, aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, wie wir da debattieren in letzter Zeit und ich möchte einfach sagen, ich verstehe, dass manche was dahinter vermuten, aber das Erste, was ich mir einmal erwartet hätte, dass wenn das auch die Partei des Bürgermeisters ist, dass man vielleicht auch einmal hinget und sagt, Herr Bürgermeister, ich habe da was Anonymes bekommen, können wir der Geschichte nachgehen. Und das findet halt nicht statt, sondern es finden nur mehr Vernaderungen, Anzeigen etc. statt. Ich rede jetzt gar nicht von den Foren im Internet und all diesen Dingen und da bitte ich



wieder einmal zu unterscheiden, ist jemand Politiker, da muss er eh schon viel aushalten. Aber ist er im politiknahen Bereich, müssen es mittlerweile auch viele tun, auch unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und wie sich das Klima verhärtet und verschlechtert, werden viele von euch auch erleben, wenn sie in der Stadt sind und ihre Arbeit tun. Fragt die Bezirksvorsteher etc., was wir da mittlerweile für eine Tonalität haben, weil wir uns gegenseitig immer unterstellen, dass alles, was wir tun, nur mehr kriminell ist und das ist so nicht und ich wollte es heute klarstellen, wenn jemand noch Fragen zu den Punkten hat, gebe ich gerne Auskunft. Außer dem Thema der e-Mobilität, da gibt es sowohl den Kongress als auch die laufende Begleitung, alles abgeseget auch durch die Gremien, in die auch alle Fraktionen oder fast alle Fraktionen jetzt entsandt sind. Pacanda ist da nicht dabei, gibt es keine weiteren Aufträge und kann es auch gar keine mehr geben, weil die Holding und all ihre Betriebe diese Richtlinie erlassen hat und es gar keiner mehr tun darf (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Ich möchte mich hier eigentlich in meiner Funktion als Vorsitzende des Kontrollausschusses melden. Nachdem wir gestern also diesen dringlichen Antrag in unsere Fraktion hereinbekommen haben, haben wir natürlich auch jetzt nachgesehen. Es wurden zwei Prüfaufträge, die durch den Stadtrechnungshof erledigt wurden in Bezug dieser Werbeagentur und der Vergaben an die Werbeagenturen, bereits abgearbeitet und die wurden auch im Kontrollausschuss dementsprechend beschlossen. Das eine war im Jahr 2010 und ich habe auch hier einen Bericht an den Gemeinderat diesbezüglich, wo es hier um diese Agentur 1, das ist diese Agentur, geht und es wurde damals abgehandelt in diesem Gemeinderatsstück auch vom 17. März 2011, dass der Stadtrechnungshof hat geprüft die Werbeaufträge der Graz AG beziehungsweise der Stadtwerke AG an die Firma von Claudia Babel und es wurden hier einige Kritikpunkte geäußert. Für mich haben Sie, Herr Bürgermeister, wenn ich dem, und ich glaube Ihnen, dass Sie gesagt haben jetzt, es sind danach nach 2011

keine weiteren Aufträge mehr an die cb.brand gegangen, dann ist das für mich eigentlich erledigt. Eines möchte ich aber nur feststellen und das geht auch in Richtung Claudia Babel, wenn das so stimmt, wie ich es heute in der Zeitung gelesen habe, der Stadtrechnungshof agiert hier nicht politisch, sondern das möchte ich feststellen, der hat hier Prüfaufträge abgearbeitet, auch der Kontrollausschuss, und das möchte ich in keine Richtung, in kein politisches Eck stellen. Ich möchte hier wirklich sagen, dass der Stadtrechnungshof hier durchaus objektiv geprüft hat und das wahrscheinlich auch in Zukunft weiterhin so machen wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht, weil es auch in Ihrem Text vorkommt, da noch einmal sagen, das Risiko dieser Veranstaltung hat immer die Frau Babel getragen und nicht, ich weiß nicht, wie es zu dieser Formulierung von Ihnen kommt, die Stadt Graz. Das ist erstmals bei einer Veranstaltung, weil einmal ja auch versucht wurde, wir haben uns lange gefragt, soll das eine Eigenveranstaltung sein von ihr oder sollen wir uns da daran beteiligen? Wir sind jetzt zu dem Entschluss gekommen, dass sie es jetzt letzten Endes machen soll, aber bei dem einen Mal gab es sogar eine Vereinbarung, dass ein etwaiger Überschuss, den sie erzielt, ich sage das auch erstmalig in der Stadt Graz, weil ich kenne alle Tagungen, die da stattfinden, da schießen wir nur dazu. Wenn ein Gewinn überbleiben sollte und da muss man auch, uns dafür diesen Anteil auch geben. Das sind 3.600 Euro. Ich möchte aber nur sagen, dass im Moment eine solche Tagung in Graz 370.000 Euro kostet, die Sponsorleistungen, die wir aus der Privatwirtschaft geholt haben oder was in dem Fall die Frau Babel aus der Privatwirtschaft geholt hat, betragen 300.000 Euro. Die Sponsoren, die sie hat, sind Siemens, AMB, Volvo, Volvo Trax, AVL, Magna, Peugeot, Nissan, Citroen, KTM, ÖBB, Verbund, Joanneum Research, Bundesministerium für Infrastruktur und Verkehr etc. Das heißt, ich rede jetzt gar nicht von Nüchternungen und all diesen Dingen. Selbst wenn Sie die Leistungen, die sie von der Holding bekommen hat, hier mit hineinnehmen und auch einmal vergleichen mit dem, was wir in die Tagungen sonst

stecken, der Großteil dieser Gelder geht ja über die städtische Einrichtungen, da sie immer im Messebereich stattfindet, geht dieses Geld, das sie auch privat auftreibt, direkt her, Nächtigungen lukriert sie auch. Glaube ich auch einmal wichtig zu wissen, also der Anteil bei 370.000 Euro an Sponsoring, den sie auftreibt, waren 300.000 Euro in der Gesamtabrechnung, wollte ich da auch noch einmal sagen. Ich hoffe, dass wir das einmal aus der Welt kriegen konnten und es gibt keine Aufträge, weder für cb.brand noch für andere, es sei denn, es kommt einer mit einer urheberrechtlichen Idee, dann muss er dort durch die Gremien, aber ich habe bei diesen Firmen keine anderen Aufträge momentan eruieren können (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich glaube, viele Dinge sehen wir gleich, es gibt ganz gute ehrliche Politiker, die sich bemühen und vielleicht sogar zu wenig Lob abkriegen und wenig Dank dafür kriegen. Auf jeder Liste gibt es ganz viele Leute, auf unserer sogar am meisten, aber sei es darum. Gewisse Dinge im Ganzen rundherum sehen wir ähnlich, ganz gleich können wir es nicht sehen, sonst wären wir in der gleichen Partei, das würde auch keinen Sinn machen, aber eines sehen wir gänzlich anders, den Zugang zur Transparenz. Es ist für uns nicht transparent, wenn Sie irgendeinen Redakteur holen, der da in der Parteizentrale eine Stunde oder zwei Stunden in Ordner reinschaut, das ist nicht die Transparenz, die wir meinen. Wir meinen hier Transparenz, dass das wirklich offengelegt wird, dass ein Rechnungshof, Wirtschaftsprüfer prüfen und das Ganze offenlegt, wie es in Zukunft auch sein wird. Und wenn es diese Transparenz schon länger geben würde, dann wäre einfach, und deswegen sind wir auch so stark dafür, und das ist einfach das Problem, Transparenz ist einfach die beste Voraussetzung a) dass nichts passiert, weil manchmal ist ja was passiert, tun wir in Österreich nicht so, als ob nichts passiert wäre und b), dass diese Gerüchte nicht entstehen können und die sind hochgradig unerfreulich und das ist ein Problem von langer Transparenz, deswegen ist aus

unserer Sicht Transparenz so wichtig und wir verstehen was anderes darunter, das wollte ich nur anmerken, ansonsten verstehen wir uns (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir habe ein Transparenzgesetz in Österreich geschaffen, alle Fraktionen beschäftigen sich gerade sehr intensiv damit, wie das überhaupt zu handhaben ist, die letzte Diskussion, die stattgefunden hat, Selbstanzeige der Grünen, weil nichts drauf war...

***Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Die Frau Justizministerin hat auch vergessen, etwas draufzuschreiben.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist ja wunderbar, also wir haben ein neues Gesetz, keiner weiß noch richtig damit umzugehen. Ich sage Ihnen noch einmal, ich habe jedes Jahr an die Landespartei abgeliefert, weil wir sind ja nicht rechtsfähig, Landespartei Steiermark hat von mir jedes Jahr einen Bericht bekommen, ich habe das zum wiederholten Male gesagt, dass wir keine Parteispenden bekommen, dass wir mit dem, was wir als Geld hier im Gemeinderat bekommen haben und als Unterstützung auch von der Landespartei bekommen haben, unsere politische Arbeit auch verrichtet haben. Ich würde da ganz gerne einmal anmerken, weil das in der Diskussion immer fehlt, wer denn die meisten Gelder hier bekommt, was tun politische Parteien mit diesen Geldern? Sie stecken es in Ausbildung und sie stecken es in Werbung und die Werbung geht, wenn ich so sagen darf, in erster Linie an alle unsere lieben Medien und damit finanzieren wir all das, was hier in den letzten Jahren auch von öffentlicher Hand in Richtung Parteien gegangen ist, sehr stark die österreichischen Medien, das

wird meine letzte Anmerkung sein. Jeder denkt sich dann eh schon wieder seinen Teil dabei, aber das ist das, was mir in der ganzen Diskussion schon auch sehr fehlt und jetzt haben wir ein neues Transparenzgesetz, das ist aus meiner Sicht sehr intensiv ausgefallen, nämlich auch was Arbeit anbelangt für uns alle und wir werden das ordnungsgemäß abwickeln, wie wir das immer getan haben. Ich habe jedes Mal, wenn ein Vorwurf gekommen ist, darauf reagiert und gesagt, so schaut es aus und ich habe auch, weil die Vorwürfe in dem Fall nicht aufgehört haben und sogar Staatsanwaltschaft im Spiel war, gesagt, dann kann auch der Journalist, der das geschrieben hat, bei mir zumindest in die Bücher einsehen. Ich weiß nicht, ob das schon einmal sonst wo stattgefunden hat, so transparent waren wir unterwegs (*Applaus ÖVP*).